

## Die politische Situation der Studentenschaft heute

Die Arbeitsteiligkeit unserer Gesellschaft hat es mit sich gebracht, daß dem Spezialisten eine große Bedeutung zugewachsen ist. Er hält viele Schlüsselpositionen besetzt und bestimmt weitgehend die allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung, auch wenn das nur mittelbar durch den „Rat des Fachmannes“ geschieht. Wir können das bei der Ministerialbürokratie des Staates ebenso beobachten wie bei den Experten in der Wirtschaft oder in den verschiedenen Organisationen. In dieser Situation stellt sich die Frage, wie die Auswahl und die Kontrolle der leitenden Gremien noch wirksam gestaltet werden sollen und können. Das aber ist zugleich eine Frage nach den Menschen, die das Gesicht unserer Zeit wesentlich mitprägen. Sie kommen vielfach von den Hochschulen und Universitäten, die sich in der Gestaltung von Lehre und Forschung der Arbeitsteiligkeit von Wirtschaft und Gesellschaft mehr und mehr angepaßt haben und heute vor allem die Spezialisten ausbilden. Die politische Haltung des akademischen Nachwuchses ist aus diesem Grunde von entscheidender Bedeutung, nicht nur für die Herstellung einer fruchtbaren Wechselbeziehung von Universität und demokratischer Gesellschaft, sondern unmittelbar für das wirtschaftliche und politische Leben.

### *Das formelle Bild der Studentenschaft*

Faßt man das äußere formale Bild der Studentenschaft ins Auge, dann haben wir es mit drei großen, direkt oder indirekt politisch wirksamen Gruppen zu tun, die sich teilweise überschneiden. Alle Studierenden sind zunächst im „Verband Deutscher Studentenschaften“ (VDS) zusammengefaßt, der Dachorganisation aller Studenten in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Der VDS sieht sich vor der schwierigen Aufgabe, eine Studentenschaft als Ganzes zu repräsentieren, die politisch, weltanschaulich und dem sozialen Standort nach sehr differenziert ist. Innerhalb der Studentenschaft gibt es weiterhin die studentischen Gruppen, Verbände und Korporationen. Hier seien nur die wichtigsten genannt: die politischen Studentenverbände, die „Evangelische Studentengemeinde in Deutschland“, die „Katholische Deutsche Studenten-Einigung“ und die im „Cartellverband Deutscher Korporationen“ zusammengeschlossenen Traditionsverbände, die fast alle zu den sogenannten schlagenden Verbindungen zählen. Die dritte Gruppe ist die weitaus stärkste: Es sind diejenigen, die sich keiner Organisation angeschlossen haben, die zumeist neben ihrem Fachstudium nichts weiter interessiert. Es ist die „Gruppe X“, der unbekannte Faktor in der heutigen Studentenschaft. Sie sind zwar meist gute Spezialisten, aber niemand weiß, wie sie zu den politischen oder sozialen Fragen unserer Zeit stehen, was sie einmal tun werden, wenn sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben. Die Mehrzahl von ihnen wird sicherlich immer zu den „Unpolitischen“ zählen; das ist jedoch nur eine „wertfreie“ Umschreibung für oft sehr handfeste politische Meinungen und Bindungen. Von welchen Vorstellungen wird nun die Arbeit der einzelnen Gruppen und Organisationen bestimmt? Beginnen wir mit den Nichtorganisierten.

### *Die Gruppe X*

Wir müssen uns fragen, welche Kriterien für die Haltung dieser Mehrheit bestimmend sind. Dabei sollten wir uns vor dem Irrtum hüten, daß die Organisationszugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit immer ausschlaggebend für die politische Haltung eines Menschen ist. Viele Tendenzen deuten auf eine Neuorientierung des politischen Verhaltens an einer veränderten Wirklichkeit und neuen Wertbildern hin. Die alten Klassenbegriffe stimmen nur noch bedingt. Die Arbeiterschaft ist wirtschaftlich und sozial in sich weitgehend gegliedert, das ehemalige Bürgertum wurde in der Kriegs- und Nachkriegszeit

zum Teil in den Prozeß der sozialen Deklassierung hineingezogen. Ererbtes Eigentum steht heute sehr viel weniger Menschen als sozialer Stabilitätsfaktor zur Verfügung als früher. Beruf, Beziehungen und Glück sind für viele ausschlaggebend geworden bei der Fixierung ihrer beruflichen und sozialen Ziele. Die soziale Wertung von Gruppen, Ständen und Berufen ist im Fluß. Es ist in unserer Zeit nicht möglich, eine eindeutige Struktur unserer Gesellschaft herauszuarbeiten, die den Interessen und dem Bewußtsein der Menschen gleichermaßen Rechnung tragen könnte. Die sozialen Fronten sind unscharf geworden, und neue Schichtbegriffe sind noch nicht eindeutig erkennbar.

Die Mehrheit der Studenten sieht daher vorerst nur die Möglichkeit des Rückzuges auf den Beruf und auf die kleine Gemeinschaft. Es war nicht nur für die Kriegsgeneration typisch, daß sie sich von großen Organisationen, Massenaufmärschen usw. fernzuhalten versuchte, auch in der nachwachsenden Studentengeneration ist diese Haltung deutlich und scheint einstweilen so zu bleiben. Die politische Haltung der Studentenschaft ist von ihrer „Stummheit“ im Verhältnis zum öffentlichen Leben geprägt. Ihnen liegt nichts an „Politik“. Worin liegt dieses Desinteresse gegenüber der Politik begründet?

Wir sollten bei der Analyse der Studentenschaft hier vor allem eines festhalten: ihre fast grenzenlose politische Uninformiertheit. Man braucht sich nur bei den allgemeinen Studentenausschüssen, den örtlichen Selbstverwaltungsorganen der Studentenschaft an den einzelnen Universitäten, zu erkundigen, wie gering die Kenntnisse in einfachen politischen Fragen sind, selbst wenn sie mit dem Fachstudium zusammenhängen. Kennzeichnend für die Labilität der politischen Haltung der Studenten ist weiterhin die Angst, sich zu engagieren. Sie sind besorgt, ihre persönliche Form des Lebens zu verlieren. Nicht weil sie etwa die Ziele der Demokratie als solche ablehnen, sondern weil die Kommunikationsformen zwischen den Organisationen und dem einzelnen nicht dazu angetan sind, die Sympathie der Mehrheit für eine Mitarbeit zu wecken. Die Studenten fürchten, von den „Apparaten“ aufgesogen zu werden. Das mag merkwürdig erscheinen, weil die der Arbeitsteiligkeit des Studiums entsprechenden Organisationsformen der Parteien oder Gewerkschaften doch im Grunde nichts „Fremdes“ sein sollten. Sie befürchten weiter, daß ihnen bei einer politischen Mitarbeit keine Möglichkeit des realen Einflusses offenstehen würde, und aus diesem Bedenken heraus verzichten sie von vornherein auf den Versuch. Bei vielen wird hinzukommen, daß sie den „Parteihader“, die Formen der politischen Auseinandersetzung für unvereinbar halten mit der „Würde des Akademikers“. Man kann demgegenüber zwar darauf hinweisen, daß die Austragung von Interessengegensätzen auch in sublimen Formen möglich ist, aber Formen haben eben auch ihr Gewicht. Die Anonymität unserer gesellschaftlichen Struktur flößt den Studierenden Abneigung vor einer Mitarbeit ein, sie schrecken zurück vor jeder „Festlegung“.

Vergleicht man die Haltung der Studenten zum Staat und zur Politik mit der der übrigen Staatsbürger, so schneiden die jungen Akademiker verhältnismäßig schlecht ab. Die Universität hat zur Förderung der staatsbürgerlichen Bildung bisher allerdings wenig beigetragen. Alle Versuche, zu einer wirksamen Neugestaltung unserer Hochschulen zu gelangen, sind in Anfängen steckengeblieben. Ungeachtet der Anpassung des Studiums an die spezialisierten Arbeitsbereiche hält die Universität an der Idee der Universitas litterarum fest. Sie gaukelt sich eine Bildungsidee vor, die für den einzelnen nicht mehr vollziehbar ist. Gewiß gibt es viele Hochschullehrer, die das erkannt haben und den Versuch machen, durch das Studium generale einen Ausweg aus dieser Lage zu finden. Das Studium generale aber ist der großen Gefahr ausgesetzt, an Stelle einer nicht mehr möglichen Universalbildung eine nur oberflächliche Information zu vermitteln. Richtig wäre es statt dessen, die Spezialisierung des Studiums zu bejahen und dann danach zu fragen, wo denn alle Wissenschaften ihren gemeinsamen Bezug suchen können. Dieser Bezug ist zweifellos in der Verbindung zum gesellschaftlichen Leben gegeben, und aus dieser Erwägung wächst den Sozialwissenschaften als einer für alle Studierenden unverzichtbaren Disziplin eine

Schlüsselstellung zu. Das zu sehen und die Folgerungen daraus zu ziehen, haben aber fast alle Pläne zur Reform der Hochschule bisher versäumt. Sie mußten somit Stückwerk bleiben.

Eine politische Bildung an den Universitäten muß von der kleinen Gemeinschaft ausgehen und den Versuch machen, von daher schrittweise ein Verständnis der abstrakten Organisationsformen der modernen Gesellschaft zu erschließen. Die Studentenschaft — als soziale Gruppe betrachtet — trägt im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsschichten eine besondere politische Verantwortung, der sie nicht ausweichen kann. Das Studium ist zu einer Fachausbildung geworden und qualifiziert damit zwangsläufig zur Übernahme von Spezialaufgaben in Staat und Wirtschaft, die wiederum meist mit führenden Stellungen verbunden sind.

#### *Die studentische Selbstverwaltung*

Das Spitzengremium der studentischen Selbstverwaltung, der Vorstand des VDS, wird aus den Reihen der Studentenvertreter in den allgemeinen Studentenausschüssen gewählt. Die junge Studentengeneration ist hier in den letzten beiden Jahren in die Verantwortung hineingewachsen, während sich die Arbeit des VDS-Vorstandes gleichzeitig erweitert und kompliziert hat. Wir beobachten hier eine Diskrepanz; die „Nachwuchsstudenten“ verfügen notwendigerweise nicht über die erforderlichen Kenntnisse und die wünschenswerte Erfahrung, die notwendig sind, um die Führungsaufgaben des Verbandes Deutscher Studentenschaften zu bewältigen. Die Lösung dieser Aufgaben verlangt Einsicht, spezielles Können und Zeit. Andererseits wird gefordert, daß *echte* Studenten ihre Selbstverwaltung tragen sollen. Beide Anliegen lassen sich nur sehr schwer miteinander vereinbaren, und wir beobachten denn auch, daß die eigentliche Arbeit in der Führung des VDS zunehmend von der Verbandsbürokratie getragen wird. Schon die Finanzpolitik ist eine Geheimwissenschaft für sich geworden. Es kommt hinzu, daß die eigentlichen Entscheidungen politischer und sozialpolitischer Art auf Bundesebene getroffen werden und sich somit der Einflußnahme der örtlichen Selbstverwaltungskörperschaften der Studenten weitgehend entziehen. Die eigentliche Selbstverwaltung an den Universitäten aber ist das Opfer der hochschulpolitischen Restauration geworden: Es gibt kaum eine Hochschule, die der Studentenschaft eine wirkliche Mitarbeit in ihrer Gestaltung ermöglicht, und damit tendiert die Selbstverwaltung zwangsläufig zu einem leeren parlamentarischen Formalismus. Sie kann jedoch nur wirksam werden, wenn ihr auf jeder Ebene konkrete Aufgaben gestellt und zu lösen möglich sind.

Andererseits sind die Wirkungsmöglichkeiten des Vorstandes des VDS in den letzten Jahren weitgehend eingeschränkt worden durch die Einflußnahme der studentischen Verbände, die dem VDS ihren jeweiligen Willen aufzwingen wollen. Der VDS hat sich diese Tatsache offiziell nie eingestanden und dem Vorhandensein der *pressure groups* gegenüber die Ideologie von der Einheit der Studentenschaft entwickelt, die zu repräsentieren und zu erhalten gleichermaßen seine Aufgabe sei. Das akademische Bürgerrecht als formales Kriterium reicht jedoch bei weitem nicht aus, eine solche Einheit in der Sache zu begründen.

Aus dieser Situation sollte man zweierlei folgern: Man sollte den Einfluß der Verbände auf die Dachorganisation der Studenten offen zugeben und man sollte daneben die Vorstellung von einer studentischen Einheit zu den Akten legen, ehe man sich nicht darüber verständigt hat, *worüber* sich denn diese Studentenschaft eigentlich einig ist. Wie kann man von einer Einheit sprechen, wenn die schlagenden Korporationen von Jahr zu Jahr an Einfluß gewinnen, wenn längst vergessen geglaubte Idole und Traditionen wieder auf den Schild gehoben werden? Wie kann ernsthaft angenommen werden, die bloße Formel von einer Einheit sei ausreichend, die tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten über den Sinn der wissenschaftlichen Ausbildung und über die politische Verpflichtung der Studierenden zu verdecken?

*Die konfessionellen Studentenverbände*

Die Eigenart der studierenden Gemeinschaften, die sich um Konfessionen gruppieren, bedingt, daß sie sich aus der Sicht ihres Glaubens mit den politischen und gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen. Die „Katholische Deutsche Studenten-Einigung“ zeigt hier naturgemäß eine größere innere Geschlossenheit als die Gemeinschaft der evangelischen Christen. Sie kann sich auf eine relativ verbindliche katholische Soziallehre und auf eine festgefügte Tradition stützen. Hier sei nur daran erinnert, daß ein Verband wie der katholische CV seit langem über enge Verbindungen zum Staat und zur Politik verfügt und auch heute wichtige Positionen im öffentlichen Leben mit „seinen Leuten“ besetzt. Beispiele dafür sind verschiedene Bundesministerien.

Die „Evangelische Studentengemeinschaft in Deutschland“ ist in ihrer politischen Wirksamkeit begrenzt durch die Tatsache, daß die Freiheit eines Christenmenschen sie daran hindert, zu politischen Fragen als Verband verbindlich Stellung zu nehmen. Das schließt nicht aus, daß beispielsweise der letzte evangelische Studententag in Heidelberg, der sich mit der Problematik von Inhalt und Begriff der Nation befaßte, in vieler Hinsicht zu sehr klaren Schlußfolgerungen gelangte. Das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands beherrschte diesen Studententag so sehr, daß die Herstellung der Einheit unseres Landes als die einzige nationale Aufgabe der Gegenwart herausgestellt wurde, ohne jedes nationalistische oder restaurative Pathos. Trotz der lebhaften Diskussion in den eigenen Reihen und der Freiheit des einzelnen in seiner Meinungsbildung sind die evangelischen Studentengemeinden so ein gewichtiger Faktor in der politischen Meinungsbildung an den Hochschulen. Das wird dem Beobachter besonders deutlich, wenn er feststellt, wieviel begabte und aufgeschlossene Menschen in den evangelischen Studentengemeinden anzutreffen sind.

*Die schlagenden Verbände*

Wenn wir hier von den schlagenden Verbänden sprechen, dann geht es nicht um Messuren, um das Farbentragen oder um das Prinzip des Lebensbundes. Die Diskussion mit den schlagenden Verbänden sollte eindeutig unter politischen Aspekten erfolgen, wenngleich die Lebens- und Organisationsformen dieser Verbände natürlich nicht unabhängig von dem Inhalt ihrer Arbeit gesehen werden können. Was uns bewegt und beunruhigt, ist zunächst einmal die Einstellung der dem Cartellverband Deutscher Korporationen (CDK) angeschlossenen Verbände zum 20. Juli. Es ist für die demokratischen Studentenverbände eine unabwiesbare Bedingung für jede Zusammenarbeit mit den Korporationen, eine verbindliche Erklärung zu erhalten, daß sich der CDK positiv zum 20. Juli stellt. Die Demokratie kann hier nicht auf eine klare Meinungsäußerung verzichten. Sollte sie vom gesamten Cartellverband nicht zu erhalten sein, müßten daraus Konsequenzen gezogen werden. Es ist erfreulich, daß der jetzige Bundesinnenminister *Dr. Schröder* diesem Problem sehr viel aufgeschlossener gegenübersteht als sein Vorgänger *Lehr*, der heute noch seinen Ehrgeiz darin sieht, auf Zusammenkünften seiner Verbandsbrüder verstaubte Reden zu halten und die Studenten daran zu mahnen, daß Vergangene erneut zu beleben.

Uns beunruhigt weiter der Nationalismus, vor allem im Zusammenhang mit dem erneut umstrittenen Status Österreichs. In den beiden letzten Jahren ist offen oder versteckt der Anschluß Österreichs an das „Großdeutsche Reich“ gefordert worden. Solche Meinungsäußerungen kommen keineswegs von „untergeordneten“ Mitgliedern, sondern sie bestimmen das Gesicht und die Haltung offizieller Verbandstage großer studentischer Verbände. Eine Diskussion darüber scheint indes in jeder Hinsicht unzeitgemäß, denn der Nationalismus hat keine realpolitische Chance mehr, es sei denn in Form eines europäischen Nationalismus. Trotzdem müssen solche Bemerkungen und Forderungen ernst genommen werden,

weil die darin zum Ausdruck kommende Einstellung zeigt, daß ihre Vertreter nichts hinzulernt haben. Wir wollen von ihnen nicht verlangen, daß sie noch in den Dimensionen des Atomzeitalters denken lernen, aber wir erwarten die Achtung vor der von ihnen in Deutschland und Österreich einmal zerstörten Demokratie.

Sorge bereitet auch die ablehnende oder unklare Stellung der schlagenden Verbände zur parlamentarischen Demokratie und zum Parteienstaat. Man fühlt sich keiner Partei verpflichtet und will statt dessen das „Ganze“, die Nation, in den Mittelpunkt stellen. Schon die Terminologie der schlagenden Verbände ist für den normalen Menschen unverständlich; Menschen des 20. Jahrhunderts bedeutet sie nichts mehr. Dabei scheint in der Einstellung zum Parteienstaat (unabhängig von der Wertung der Zielsetzung der bestehenden Parteien) ein Denkfehler vorzuliegen. Jede Staatsform, die nicht auf den Einparteienstaat hinauslaufen soll, benötigt Regierung und Opposition, beruht also auf dem Vorhandensein zweier oder mehrerer Parteien. Wer diese Tatsache nicht zur Kenntnis nimmt oder ihre Notwendigkeit verneint, muß zwangsläufig ein Fürsprecher des totalitären Einparteiensystems werden.

Auch die ablehnende oder reservierte Stellungnahme der schlagenden Verbände zu den bestehenden politischen Parteien ist falsch und unrealistisch. Die politischen und weltanschaulichen Ideen, an denen sich in Deutschland die Parteien orientieren, werden sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Insofern sind die bestehenden demokratischen Parteien der Sache nach und in erster Linie Träger und Mittler der politischen Meinungsbildung. Sie sind damit auch berechtigt, die staatsbürgerliche Bildungsarbeit mitzubestimmen — auch die der Hochschulen. Es ist nicht möglich, Kriterien der staatsbürgerlichen Bildung lediglich aus dem akademischen Raum zu gewinnen; der Bezug zu den politischen Kräften außerhalb der Hochschulen ist unerlässlich und sollte nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern bejaht werden. Hält man sich diese Gegebenheiten vor Augen, dann ist es unbegreiflich, wie wirklichkeitsfremd die Haltung der schlagenden Verbände zu den politischen Parteien und vor allem zur demokratischen Linken ist. Die These, man wolle das „Ganze“ sehen, ist nichts anderes als eine Ideologie; sie ignoriert die tatsächliche Struktur unserer Gesellschaft und flüchtet in eine Art von Mystizismus, der eine klare politische Meinungsbildung unmöglich macht.

Die schlagenden Verbände sprechen in ihrer Presse von der „echten“ und „wahren“ Demokratie, die sie in ihren Verbänden zu pflegen vorgeben. Es gibt jedoch nur *eine* Demokratie, die zu umschreiben mindestens dann überflüssig und falsch ist, wenn nicht genau definiert wird, was hier unter „echt“ und „wahr“ verstanden werden soll. Die bloße Anerkennung und Handhabung demokratischer Spielregeln ist kein Beweis dafür, daß damit auch ein positives Verhältnis zu den Ideen der Freiheit und der Gerechtigkeit gemeint ist; nur von diesen Ideen her gewinnen aber bestehende Formen ihre Legitimität.

Gegenüber solchen Einwänden gegen ihre Zielsetzung und Arbeit führen die schlagenden Verbände an, daß sie doch genau wie andere studentische Vereinigungen großes „soziales Verständnis“ aufbrächten. Tatsächlich veranstalten sie seit einiger Zeit „Sozialtagungen“, zu denen junge Arbeiter eingeladen werden. Diese Art von Verbrüderungspolitik den Arbeitern gegenüber kommt jedoch 30 Jahre zu spät und ist in der Substanz nichts anderes als ein neuer Ausdruck akademischer Arroganz. Das Studium ist heute für die meisten Studierenden ohnehin Arbeit, Berufsausbildung, so daß es sinnlos ist, den Studenten gegenüber anderen Arbeitern besonders abzugrenzen. Die Lösung des Problems „Student — Arbeiter“ liegt darin, in dieser Frage überhaupt kein Problem mehr zu sehen. Arbeiter und Studenten sollten auf selbstverständliche Art und Weise miteinander umgehen; sie haben beide keinen Grund, sich für eine besonders interessante Gruppe zu halten.

In diesem Zusammenhang sprechen die schlagenden Verbände von ihrer Absicht, der „Vermassung“ entgegenwirken zu wollen. Es ist aber eine gefährliche Vereinfachung der Fragestellung, die politischen oder gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Angehörigen

schlechthin als Anhänger des „Kollektivismus“ zu verdächtigen, wie es immer wieder geschieht. Man ist einfach nicht up to date, wenn man übersieht, daß unsere Gesellschaft durch die politische, wirtschaftliche und militärische Entwicklung in den letzten 40 Jahren eingeebnet wurde. Die früher bestehenden Grenzen zwischen den sozialen Schichten sind verwischt. Jeder ist in mehr oder minder großem Ausmaß „Masse“ geworden, und die politische und soziale Haltung eines Menschen läßt sich weniger denn je aus seiner sozialen Herkunft oder seinen wirtschaftlichen Verhältnissen bestimmen. Das ist eine Tatsache, die von den schlagenden Verbänden übersehen wird, wenn sie ihren verhältnismäßig hohen Anteil an Werkstudenten als Begründung für ihre „zeitgemäße“ politische Gesinnung anführen.

*Der „Ring politischer und freier Studentenverbände“*

Eine enge Zusammenarbeit zwischen den politischen Organisationen und den demokratischen Gruppen an den Universitäten erscheint um so notwendiger, als die politischen Studentengruppen an den Hochschulen relativ schwach sind. Sie verfügen zwar im Vergleich zu ihren Mitgliederzahlen — alle politischen Studentenverbände dürften heute etwa 8000 Mitglieder zählen (etwa 7 vH der Studentenschaft) — über verhältnismäßig große Wirkungsmöglichkeiten, aber ihre Stellung ist kaum stark genug, um allein den skizzierten restaurativen Tendenzen im Hochschulleben entgegenzutreten zu können. Aus dieser ihrer Situation ist es zu verstehen, wenn sich die politischen Studentenverbände — der „Sozialistische Deutsche Studentenbund“, der „Liberaler Studentenbund Deutschlands“, der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“, der „Internationale Studentenbund“ und der „Bund Demokratischer Studentenvereinigungen“ — zu einer engen Zusammenarbeit bereit gefunden haben und auf Bundesebene eine Arbeitsgemeinschaft bilden. Das schließt nicht aus, daß etwa in der Frage der Bewaffnung in der Bundesrepublik die Gegensätze innerhalb des Ringes hart aufeinandertreffen.

Die politischen Studentengruppen wollen durch die Art ihrer Zusammenarbeit einen neuen politischen Stil im Zusammenleben demonstrieren, ohne dabei die unterschiedlichen Auffassungen zu verwischen. Sie bemühen sich, von diesem neuen Stil nicht nur zu reden, sondern haben ihn in der Praxis deutlich werden lassen. Die Zusammenarbeit der Ringverbände ergibt sich weiter aus der Tatsache, daß sie die Wertung des 20. Juli und der parlamentarischen Demokratie in Zweifel gezogen sehen und dagegen einmütig Stellung nehmen, insbesondere gegenüber dem CDK. Die Kooperation beruht drittens auf der Einsicht, daß man politische Bildungsarbeit im Raum der Hochschule nicht unabhängig von den bestehenden politischen Kräftegruppen und Erfahrungsbereichen in der Gesellschaft betreiben kann. Den politischen Studentenverbänden liegt dabei an einer Förderung des kritischen Denkens, wozu die Aneignung von Wissen und die Sammlung praktischer Erfahrungen gleichermaßen notwendig sind. Das Spannungsverhältnis zwischen Denken und Handeln lassen sie auf diese Weise in ihrer Arbeit sichtbar werden mit dem Ziel, die gemeinsame Grundlage der Demokratie im Bewußtsein der Studentenschaft zu verankern.

In diesem Bemühen sollte der Staat seine Hilfe großzügiger und den gestellten Aufgaben angemessener zur Verfügung stellen. Die Bildungsarbeit an den Hochschulen müßte zwei Gesichtspunkte Rechnung tragen, unabhängig davon, welche studentischen Gemeinschaften oder Gruppen diese Arbeit jeweils tragen:

Die kritische Meinungsbildung, gegründet auf Informationen und Erfahrungen, muß mehr als bisher gefördert werden.

Es geht nicht an, daß die politische Meinungsbildung bei der Information stehenbleibt; soll sie einen Sinn haben, muß sie darüber hinaus den Studierenden eine politische Entscheidung nahelegen, gleichgültig, ob diese Entscheidung in jedem Fall und sofort für eine der bestehenden politischen Parteien fällt. Der Zusammenhang zwischen Wissensvermitt-

lung und praktischer politischer Arbeit wird hier wiederum deutlich. Die Entscheidung ist nur möglich, wenn man die eigene Zielsetzung mit den Gegebenheiten im staatlichen und politischen Raum vergleicht und daraus die Folgerungen zieht.

#### *Gewerkschaftliche Hochschularbeit?*

Die Frage, ob die Gewerkschaften sich an der Gestaltung der Diskussion und der politischen Meinungsbildung an den Hochschulen beteiligen können und sollen, ist in den letzten Jahren oft Gegenstand ernsthafter Überlegungen gewesen. Weil die Gewerkschaften bisher in den bestehenden Studentenorganisationen keinen direkten Ansatzpunkt sahen, haben sie sich an manchen Hochschulorten dazu entschlossen, die Gründung gewerkschaftlicher Arbeitskreise oder Studentengruppen zu fördern. Solche Vereinigungen bestehen heute an mehreren Universitäten, aber ihre Arbeit ist nicht in jeder Hinsicht befriedigend, ohne daß deshalb ihren Trägern ein Vorwurf gemacht werden soll. Es geht bei der gewerkschaftlichen Hochschularbeit sicherlich auch darum, den Studierenden darzulegen, daß und aus welchen Gründen es nach Abschluß der Ausbildung zweckmäßig ist, sich einer der bestehenden Gewerkschaften anzuschließen. Aber für den Studierenden ist dieses Problem noch nicht so unmittelbar sichtbar; mehr bedrückt ihn z. B. die Frage, wie er während der Semesterferien eine vernünftige, seinem Studiengang entsprechende Arbeit finden kann. Hier haben die Gewerkschaften schon oft geholfen, und hier sollten sie mehr tun.

In der politischen Bildungsarbeit an den Hochschulen geht es aber mehr um andere Dinge. Hier ist es wichtig, daß innerhalb der Studentenschaft das politische Wollen und Wirken der Gewerkschaften einmal diskutiert wird. Vorbedingung dazu ist, daß die Studierenden über die gewerkschaftliche Zielsetzung überhaupt informiert werden. Diese Aufgabe wird im Rahmen der Lehrtätigkeit an den Hochschulen heute nur unzureichend erfüllt. Gewerkschaftliche Hochschulgruppen würden also hier eine erste und wichtige Aufgabe finden, die allerdings mit der Gefahr verbunden ist, eine solche Gruppe zu einem bloßen Debattierklub werden zu lassen. Das zu vermeiden, ist möglich durch eine Ausweitung dieser Arbeit auf die eigentlichen gewerkschaftlichen Bildungsanliegen. Die Mitarbeit von Studenten in den Jugendgruppen oder den Bildungsveranstaltungen und Fachlehrgängen kann dem bloßen Theoretisieren vorbeugen und dürfte für beide Seiten ein Gewinn sein. Die Gewerkschaften haben bei dieser Art der Zusammenarbeit zudem die Möglichkeit, junge Akademiker während ihres Studiums genauer kennenzulernen; sie können die Besten nach ihrem Studium mit wichtigen Aufgaben betrauen. Auf diese Weise läßt sich die unheilvolle Praxis einschränken, daß Stellenbesetzungen vielfach vom Zufall oder von persönlichen Verbindungen abhängen. Die bisherige Arbeit von gewerkschaftlichen Hochschulgruppen läßt jedoch noch ein anderes Bedenken aufkommen: Es gibt Studierende, denen es verhältnismäßig gleichgültig ist, wo sie einen „Job“ finden. Das muß nicht immer und unbedingt ein Nachteil sein, aber in einer derartigen Haltung liegt doch die Gefahr eines Opportunismus, die zu übersehen den Gewerkschaften sehr schaden könnte. Der Sinn einer gewerkschaftlichen Hochschularbeit kann nicht darin liegen, einigen Studenten eine finanziell gesicherte Grundlage für Betriebsamkeit zu geben. Man sollte deshalb bei der Förderung solcher Hochschulgemeinschaften sorgsam vorgehen und sich von einem übertriebenen Optimismus ebenso fernhalten wie von einer Ablehnung solcher Experimente, weil man die Gefahren kennt. Im Denken und in der Haltung des akademischen Nachwuchses eine größere Aufgeschlossenheit und hinreichende Information über das Wollen der Gewerkschaften zu erreichen, bleibt aber eine Aufgabe, deren Bewältigung wichtig und vordringlich erscheint. Es ist an der Zeit, daß diese Frage im Zusammenhang mit der politischen Einstellung und der Situation der heutigen Studentenschaft bald gründlich erörtert wird. Die Gewerkschaften sollten dazu den ersten Schritt tun.